

**Die langfristige Entwicklung der Bundesfinanzen,
1960 – 2002**

von

GEBHARD KIRCHGÄSSNER

Universität St. Gallen

**Schweizerisches Institut für Aussenwirtschaft und
Angewandte Wirtschaftsforschung, CESifo und Leopoldina**

Summary

First, the general development of Swiss public finances in the period from 1960 to 2002 is described. We concentrate on the expenditure side and consider the development of public consumption, interest payments, public investment and transfers, but also of public debt, as well as the relation between the three levels. Then, we have a similar look at the federal finances. Finally, we look at different areas like defence, social security, health and agriculture. It is shown that the increase of the government size is not a recent development of the last decade but a long-run development since the sixties. We observe a ratchet effect: During the economic crises in the mid seventies and at the beginning nineties the size of the government rose considerably, but it did hardly decline during the subsequent recovery. The increase of the government size is mainly due to the increase of transfers and was at the federal level accompanied with a string decrease of public consumption, especially defence expenditure.

Keywords: Public Expenditure, Public Debt, Government Size, Switzerland.

JEL-Classification: H11, H30.

Hintergrundpapier zu Teil 3 des Jahresberichts 2004 der Kommission für Konjunkturfragen. 21. Oktober 2004. – Ich möchte mich bei Frau ELSEBETH ETTER, Frau TINA ZUPPIGER, Herrn URS BAUMGARTNER (alle Eidgenössische Finanzverwaltung) sowie Herrn PHILIPPE KÜTTEL (Bundesamt für Statistik) sowie meinem Mitarbeiter FELIX BRILL für Ihre Unterstützung bei der Zusammenstellung der Daten danken.

Anschrift: Prof. Dr. Gebhard Kirchgässner
Universität St. Gallen
SIAW-HSG
Bodanstrasse 8
CH-9000 St. Gallen
Schweiz
Gebhard.Kirchgaessner@unisg.ch

1 Einleitung

Jede Auseinandersetzung mit der längerfristigen Entwicklung der öffentlichen Finanzen wird zwei theoretische Ansätze nicht vernachlässigen dürfen: das von A. WAGNER (1876) formulierte „Gesetz der wachsenden Staatsausgaben“ sowie das von W.J. BAUMOL (1967) aufgezeigte Gesetz des ungleichgewichtigen Wachstums. A. WAGNER postulierte eine Nachfrage nach zusätzlicher staatlicher Aktivität im Rahmen der wirtschaftlichen Entwicklung, wobei unklar ist, ob dies absolut oder relativ zu interpretieren ist: Seine Überlegungen implizieren nicht notwendigerweise einen Anstieg des Staatsanteils. Da andererseits im vergangenen Jahrhundert in allen Industriestaaten ein deutlicher Anstieg des Staatsanteils zu verzeichnen war (und dies üblicherweise mit seinem Gesetz in Verbindung gebracht wird), wird bei der Untersuchung der Entwicklung der staatlichen Aktivität bis heute auf ihn verwiesen.

W.J. BAUMOLS (1967) Modell wird zwar weniger häufig zitiert, ist aber für die Einschätzung der Entwicklung nicht von geringerer Bedeutung. Aus seinem Modell ergibt sich, dass Sektoren, die ein geringeres durchschnittliches Produktivitätswachstum haben, nominal wachsen und dennoch real schrumpfen können. Geht man davon aus, dass Produktivitätsfortschritt vor allem dort erzielt werden kann, wo Arbeit durch Kapital substituiert werden kann, dass dies im Dienstleistungsbereich weniger möglich ist als in der Industrieproduktion und dass der Staat im wesentlichen Dienstleistungen produziert, kann die Anwendung dieses Modells auf die staatliche Entwicklung eine Erklärung für den in der Einleitung erwähnten scheinbaren Widerspruch liefern. Da andererseits die Messung der staatlichen Aktivität über den Input erfolgt, was in vielen Bereichen auch kaum anders möglich ist, sieht man in den offiziellen Statistiken in einer solchen Situation nur den zunehmenden Anteil des Staates am Input und nicht auch den gleichzeitig sinkenden Anteil des Staates am Output einer Volkswirtschaft.

Das Baumol-Modell bezieht sich praktisch ausschliesslich auf den öffentlichen Konsum, während Wagners Gesetz zumindest noch die öffentlichen Investitionen einschliesst. Nun sind jedoch, wie noch zu zeigen sein wird, in den vergangenen Jahrzehnten vor allem die von der öffentlichen Hand durchgeführten Übertragungen angestiegen, wofür die gestiegene Arbeitslosigkeit sowie die demographische Entwicklung wesentliche Gründe sind. Bei der Diskussion der Entwicklung der öffentlichen Ausgaben und deren mögliche Ursachen ist daher zwischen den einzelnen Ausgabenkategorien zu unterscheiden; reine Globalbetrachtungen, welche sich nur auf die – wie auch immer definierte – Staatsquote und deren Entwicklung beziehen, sind daher in diesem Zusammenhang nur beschränkt aussagefähig, und sie führen vor allem kaum zu praktisch verwertbaren politischen Handlungsempfehlungen.¹⁾

Im folgenden werden wir daher in vier Schritten vorgehen. Zunächst geht es um die allgemeine Entwicklung der öffentlichen Finanzen, wobei wir uns im Wesentlichen auf die Ausgabenseite beschränken, dort aber nach den einzelnen Ausgabenkategorien unterscheiden. Diese Beschränkung bedeutet keinesfalls, dass der Einnahmenseite keine Bedeutung zugemessen werden sollte: Es gilt nicht nur für die Ausgabenseite, sondern in nicht geringerem Ausmass auch für die öffentlichen Einnahmen, dass es weniger auf die Höhe der staatlich beanspruch-

1. Zu den Problemen bei der Definition der Staatsquote siehe G. KIRCHGÄSSNER (2004).

ten Gelder (im Vergleich z.B. zum Bruttoinlandsprodukt) ankommt, sondern, was die Auswirkungen auf den privaten Sektor einer Volkswirtschaft betrifft, viel vor allem auf deren Struktur. Mit diesen Fragen hat sich die KOMMISSION FÜR KONJUNKTURFRAGEN jedoch z.B. im Rahmen ihres im Jahr 1999 der Öffentlichkeit vorgestellten „Liberalen wirtschaftspolitischen Konzepts“ bereits ausführlich befasst.²⁾

Im zweiten Schritt werden – entsprechend dem Auftrag der KOMMISSION FÜR KONJUNKTURFRAGEN als einer Kommission des Bundesrates – die Bundesfinanzen detaillierter betrachtet. Dabei geht es wiederum um eine aggregierte Betrachtung nach Ausgabenkategorien. Auch ist interessant, wie sich die Finanzen des Bundes im Vergleich zu jenen der Kantone und Gemeinden entwickelt haben. Dort, wo wir solche Vergleiche anstellen, verwendet wir, um Doppelzählungen zu vermeiden, ein Nettokonzept, bei welchem (in Abweichung von der offiziellen Statistik) die Transfers zwischen den verschiedenen Ebenen auf der Einnahmen wie der Ausgabenseite bei der empfangenden Gebietskörperschaft verbucht werden. Die Überlegung dahinter ist, dass die Ausgaben dort verbucht werden sollen, wo die Entscheidungen darüber getroffen werden, welche Ausgaben getätigt werden, auch wenn bei den gebundenen Transfers eine andere Ebene an der Finanzierung beteiligt ist.

Danach betrachten wir im dritten Schritt einzelne Ausgabenbereiche, wie z.B. die Landwirtschaft oder die Verteidigungsausgaben, um zu sehen, inwieweit die Entwicklung wichtiger Bereiche deutlich anders als die allgemeine Entwicklung verlaufen ist. In einem gesonderten Papier wird die Entwicklung der Beschäftigung im Bund sowie im öffentlichen Dienst insgesamt dargestellt. Wie die Staatsquote ist auch die Beschäftigungsquote ein Indikator für den Einfluss des Staates auf die private Wirtschaft. Da die beiden Quoten unterschiedliche Vor- und Nachteile haben, macht es Sinn, beide zu betrachten und deren Entwicklung miteinander zu vergleichen.³⁾

2 Die allgemeine Entwicklung der öffentlichen Finanzen

Abbildung 1 zeigt die Entwicklung der öffentlichen im Vergleich zur privaten Aktivität. Wie auch *Tabelle 1* zeigt, waren die durchschnittlichen realen Wachstumsraten aller Ebenen in sämtlichen Jahrzehnten seit 1960 höher als die Wachstumsrate des realen Bruttoinlandsprodukts; dementsprechend hat sich auch der Umfang der öffentlichen Haushalte im Vergleich zum Bruttoinlandsprodukt von 16.7 Prozent im Jahr 1960 bis zum Jahr 2000 auf 29.4 Prozent erhöht.⁴⁾ Dabei verlief dieser Anstieg in zwei Schüben. Zunächst gab es von Beginn dieser Periode an einen kontinuierlichen starken Anstieg, der erst durch die Rezession Mitte der siebziger Jahre gebremst wurde; der vorläufige Höhepunkt war im Jahr 1976 mit 27.2 Prozent erreicht. Danach gab es bis Ende der achtziger Jahre eine im wesentlichen konstante Ent-

2. Siehe in diesem Zusammenhang auch *Teil 3.2.5* des Jahresberichts 2003 der KOMMISSION FÜR KONJUNKTURFRAGEN.

3. Zur Entwicklung der öffentlichen Beschäftigung siehe das zweite Hintergrundpapier zu *Teil 3* des Jahresberichts 2004 der Kommission für Konjunkturfragen von C. JEANRENAUD (2004).

4. Zur Deflationierung wurde bei der Berechnung realer Wachstumsraten der Preisindex des Bruttoinlandsprodukts verwendet.

wicklung; im Jahr 1989 lag der so gemessene Staatsanteil mit 26.2 Prozent sogar um etwa einen Prozentpunkt niedriger als im Jahr 1977. Der zweite Schub fand Anfang der neunziger Jahre statt; mit 31.1 Prozent erreichte die Staatsquote im Jahr 1996 ihren bisherigen Höhepunkt, der von einem leichten Rückgang Ende der neunziger Jahre (und von einem Wiederanstieg zu Beginn dieses Jahrhunderts) gefolgt wurde. Dabei ist zu berücksichtigen, dass die Sozialversicherungen hier nicht eingerechnet sind; zählt man sie hinzu, dann ist die Staatsquote seit 1970 um weitere 5.35 Prozentpunkte gestiegen und beträgt insgesamt 36.1 Prozent. Auch wenn dies im internationalen Vergleich noch ein mässiger Wert ist, ist er weit von den Werten in den sechziger Jahren entfernt. Die Schweiz hat damit eine ähnliche Entwicklung durchgemacht wie die anderen europäischen Staaten. Da sie jedoch den letzten Anstieg (erst) zu Beginn der neunziger Jahre verzeichnete, hat sich seit den achtziger Jahren der Abstand zu den Ländern mit höheren Staatsquoten verringert, da diese in den neunziger Jahren ihre Quote eher gesenkt haben.

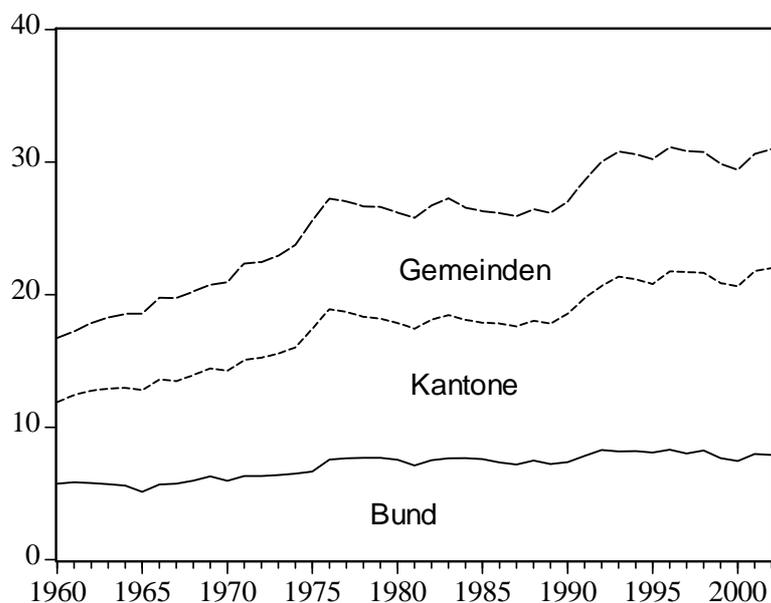


Abbildung 1: Entwicklung der öffentlichen Ausgaben der einzelnen Ebenen im Vergleich zum Bruttoinlandsprodukt (in Prozent)

Betrachtet man die Wachstumsraten der einzelnen Ebenen, dann fällt auf, dass der Haushalt des Bundes mit Ausnahme der achtziger Jahre deutlich geringer gewachsen ist als jene der Kantone und Gemeinden. Dies gilt unabhängig davon, ob wir die Bruttoausgaben (ohne Bereinigung der Doppelzählungen) oder die Nettoausgaben betrachten. Dadurch ist, wie *Abbildung 2* zeigt, der Anteil der Kantone zwischen 1960 und 2000 um etwa 8 Prozentpunkte von 36.7 auf 44.8 Prozent gestiegen, jener der Gemeinden von 29.0 auf 29.9 gestiegen und damit fast konstant geblieben, während jener des Bundes um 9 Prozentpunkte von 34.3 auf 25.3 Prozent gefallen ist. Dies ist insofern bemerkenswert, als dies der üblichen Annahme einer Zentralisierungstendenz widerspricht. Nun kann man dagegen einwenden, dass beim Netto-konzept die Ausgaben nicht die tatsächlichen Handlungsspielräume abbilden, da z.B. der Bund über gebundene Zuweisungen Einfluss auf die Ausgabenpolitik der Kantone nimmt.

Dafür spricht, dass die Übertragungen an andere Ebenen im Jahr 2000 65 Prozent der ‚eigenen‘ Ausgaben ausmachten, im Jahr 1960 dagegen nur 20 Prozent. Andererseits sind auch die

Tabelle 1: Durchschnittliche reale jährliche Wachstumsraten (in Prozent)						
Zeitraum		Bund	Kantone	Gemeinden	Öffentliche Haushalte	Bruttoinlandsprodukt
1961 – 1970	a) brutto	5.92	8.04	7.84	6.87	4.63
	b) netto	5.00	7.62	7.84		
1971 – 1980	a) brutto	3.13	3.38	3.85	3.61	1.37
	b) netto	3.74	3.55	3.57		
1981 – 1990	a) brutto	2.10	2.70	2.44	2.49	2.18
	b) netto	1.95	2.99	2.34		
1991 – 2000	a) brutto	2.66	2.48	1.61	1.89	1.04
	b) netto	1.15	2.67	1.42		
1961 – 2000	a) brutto	3.39	4.15	3.94	3.71	2.31
	b) netto	2.96	4.21	3.79		

Beim Nettokonzept werden nur diejenigen Ausgaben erfasst, über welche die einzelnen Ebenen tatsächlich entscheiden, d.h. die Übertragungen an andere öffentliche Haushalte werden nicht berücksichtigt.

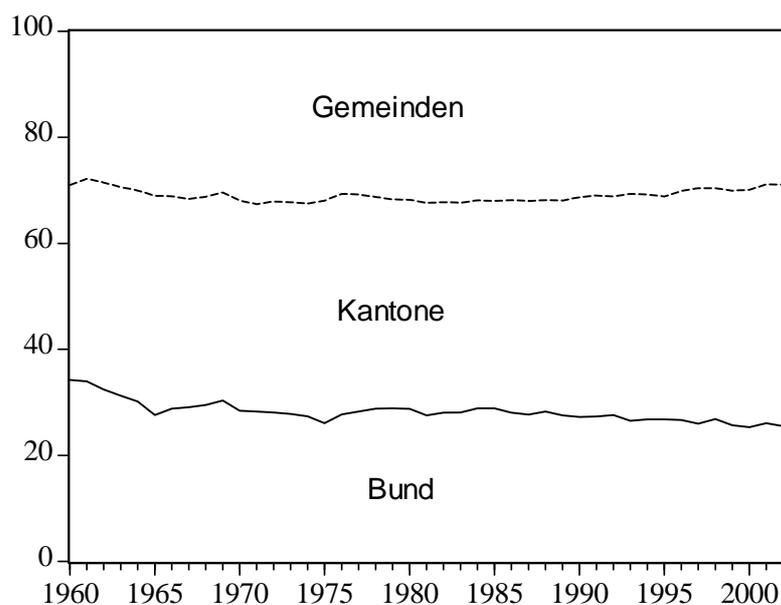


Abbildung 2: Entwicklung der Anteile der einzelnen Ebenen an den öffentlichen Ausgaben (in Prozent)

Bruttoausgaben des Bundes in diesem Zeitraum mit real durchschnittlich 3.4 Prozent deutlich langsamer gewachsen als jene der Gemeinden mit 3.9 Prozent und insbesondere jene der Kantone mit 4.2 Prozent. Dementsprechend lagen die Bruttoausgaben der Kantone im Jahr 1960 um 3.6 Prozent über jenen des Bundes, im Jahr 2000 dagegen um 27.7 Prozent. Auch hier ist keine Zentralisierungstendenz erkennbar. Für eine zunehmende Zentralisierung spricht andererseits, dass die Beiträge an die Kantone und Gemeinden von 1960 bis zum Jahr 2000 von 2.3 Prozent auf 16.4 Prozent der gesamten Bundesausgaben gestiegen sind.⁵⁾

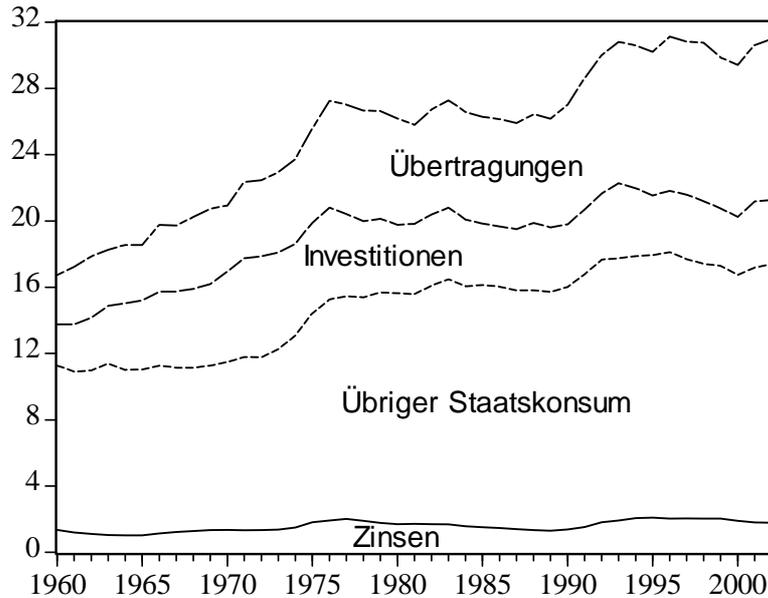


Abbildung 3: Entwicklung der öffentlichen Ausgaben nach Sachgruppen (im Verhältnis zum Bruttoinlandsprodukt in Prozent)

Abbildung 3 und Tabelle 2 zeigen die Entwicklung der öffentlichen Finanzen nach Sachgruppen. Dabei wird deutlich, dass der Anstieg der öffentlichen Ausgaben auf einen Anstieg des Staatskonsums um knapp 5 Prozentpunkte, insbesondere aber auf einen Anstieg der Übertragungen um mehr als 6 Prozentpunkte zurückgeht, wobei allein die Übertragungen an die Sozialversicherungen von 0.6 auf 1.8 Prozent im Vergleich zum Sozialprodukt gestiegen sind. Dagegen ist der Anteil der öffentlichen Investitionen am Bruttoinlandsprodukt, der im Maximum im Jahr 1972 6.1 Prozent des Bruttoinlandsprodukts betrug, bis auf 3.5 Prozent im Jahr 2000 zurückgegangen. Die Belastung durch Zinsen hat sich seit den sechziger Jahren – auch im Vergleich mit dem Bruttoinlandsprodukt – deutlich erhöht. Dabei ist zu berücksichtigen, dass die Zinslast wegen der langen Laufzeiten der Staatspapiere nur verzögert auf die Zinsentwicklung reagiert und – auch bei konstanter Schuldenquote – noch ansteigen könnte, da

5. Daran ändert nichts, dass ein grosser Teil der Übertragungen des Bundes aus den Anteilen an den Bundeseinnahmen besteht, auf deren Verwendung der Bund keinen Einfluss hat. Dieser Anteil an den Bundesausgaben hat sich fast verdoppelt. Er betrug im Jahr 1960 nur 6.3 Prozent, im Jahr 2000 dagegen 12.1 Prozent der eigenen Ausgaben. Diese Steigerung war jedoch deutlich geringer als jene der übrigen Transfers des Bundes an die Kantone und Gemeinden.

nicht damit gerechnet werden kann, dass die Zinsen dauerhaft auf dem niedrigen Niveau der letzten Jahre bleiben werden.

Tabelle 2: Entwicklung der öffentlichen Ausgaben nach Sachgruppen (im Verhältnis zum Bruttoinlandsprodukt in Prozent)									
Jahr	1960	1965	1970	1975	1980	1985	1990	1995	2000
<u>Gesamtausgaben</u>	16.74	18.56	20.93	25.57	26.19	26.29	27.01	30.20	29.41
Übriger Staatskonsum	9.90	10.01	10.12	12.60	13.93	14.61	14.61	15.83	14.83
Passivzinsen	1.37	1.03	1.37	1.82	1.71	1.53	1.39	2.09	1.91
Staatliche Investitionen	2.49	4.16	5.46	5.46	4.13	3.70	3.78	3.62	3.50
Übertragungen	2.98	3.56	3.99	5.69	6.42	6.45	7.23	8.66	9.17

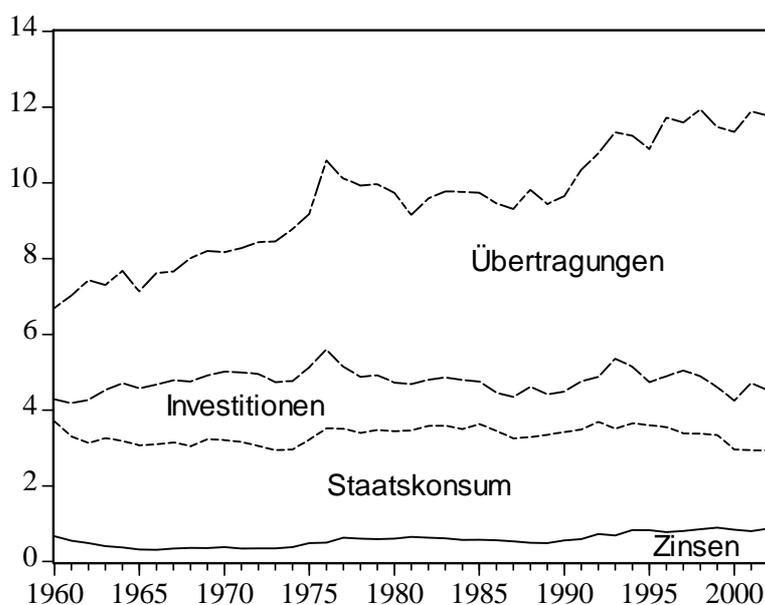


Abbildung 4: Entwicklung der Bundesausgaben nach Sachgruppen
(im Verhältnis zum Bruttoinlandsprodukt in Prozent)

3 Die allgemeine Entwicklung der Bundesfinanzen

Tabelle 3 sowie Abbildung 4 zeigen die allgemeine Entwicklung der Bundesfinanzen. Die Brutto-Gesamtausgaben sind im betrachteten Zeitraum von unter sieben auf über 11 Prozent des Bruttoinlandsprodukts gestiegen. Dabei ist zu beachten, dass die wesentliche Steigerung in den sechziger und siebziger Jahren erfolgte; nach 1975 ging diese Quote zunächst wieder leicht zurück, bevor zu Beginn der neunziger Jahre mit der einsetzenden Wirtschaftskrise ein neuerlicher Anstieg begann.

Jahr	1960	1965	1970	1975	1980	1985	1990	1995	2000
<u>Gesamtausgaben</u>	6.70	7.13	8.16	9.18	9.73	9.74	9.65	10.89	11.34
Staatskonsum	3.02	2.75	2.83	2.74	2.83	3.06	2.86	2.72	2.11
Passivzinsen	0.68	0.32	0.38	0.48	0.61	0.57	0.56	0.81	0.84
Staatliche Investitionen	0.58	1.50	1.80	1.90	1.28	1.12	1.07	1.11	1.30
Übertragungen	2.41	2.56	3.15	4.05	5.01	5.00	6.16	6.04	7.09
- an Sozialversicherungen	0.57	0.62	0.86	1.09	1.35	1.54	1.55	1.86	1.95
- Sonstige Übertragungen	1.84	1.94	2.29	3.96	3.66	3.46	3.61	4.18	5.15
<u>Gesamteinnahmen</u>	8.48	7.57	8.38	8.31	9.15	9.45	9.97	10.01	12.44
Steuern	6.98	6.68	7.37	7.26	7.93	8.44	8.80	8.63	10.15
- direkte Steuern	2.02	1.63	2.28	2.58	2.93	3.49	3.92	3.22	5.06
- indirekte Steuern	4.96	5.06	5.09	4.68	5.00	4.94	4.88	5.41	6.13
Vermögenserträge	0.27	0.25	0.22	0.23	0.22	0.17	0.21	0.40	0.36
<u>Defizit</u>	-1.78	-0.43	-0.22	0.87	0.59	0.29	-0.32	0.88	-1.10
<u>Schuld</u>	25.07	16.58	12.01	14.00	17.59	16.51	12.13	21.99	26.05

Gleichzeitig haben sich, wie *Abbildung 5* zeigt, innerhalb des Bundeshaushalts erhebliche Verschiebungen ergeben. So machen die Übertragungen, die im Jahr 1960 noch etwa 36 Prozent des Haushalts betragen, heute über 60 Prozent aller Ausgaben aus, wobei die Übertragungen an die Sozialversicherung weniger als 30 Prozent davon ausmachen. Am stärksten zurückgegangen ist der Anteil des gesamten Staatskonsums (einschliesslich der Zinsen): von etwa 55 auf 26 Prozent. Da der Anteil der Zinsen im Wesentlichen konstant geblieben ist, ist dies vor allem auf Kosten des übrigen Konsums gegangen, d.h. jener Leistungen, welche der Staat seinen Bürgern direkt zur Verfügung stellt. Ihr Anteil am Bruttoinlandsprodukt ist auf etwa zwei Drittel des Wertes zu Beginn der sechziger Jahre gesunken, ihr Anteil an den gesamten Bundesausgaben auf etwa 40 Prozent jenes Wertes.

Auch der Anteil der Investitionen ist gesunken, zumindest wenn man ihn mit der Situation zwischen 1965 und 1975 vergleicht, als (u.a. im Zuge des Ausbaus des Nationalstrassennetzes) die Investitionen des Bundes über 20 Prozent der Bundesausgaben und knapp zwei Prozent des Bruttoinlandsprodukts ausmachten. Somit hat nicht nur die Wirtschaftskrise im Gefolge der ersten drastischen Erhöhung der Rohölpreise Ende 1973 dazu geführt, dass der Bundeshaushalt in den Jahren 1976 und 1977 zum ersten Mal mehr als 10 Prozent des Bruttoinlandsprodukts betrug, sondern im gleichen Zeitraum ergab sich auch ein Rückgang bei den Investitionen, der (im Vergleich zum Bruttoinlandsprodukt) seitdem nicht mehr wettgemacht wurde. Wie *Abbildung 3* oben zeigt, wurde dies – im Gegensatz zum Staatskonsum – auch durch die Entwicklung in den Kantonen und Gemeinden nicht ausgeglichen. Vielmehr sind

deren Investitionen – relativ zum Bruttoinlandsprodukt – noch stärker zurückgegangen als jene des Bundes, wo zumindest in den neunziger Jahren wieder ein leicht nach oben weisender Trend zu verzeichnen ist. Während der gesamte Staatskonsum in den neunziger Jahren relativ zum Bruttoinlandsprodukt etwa 50 Prozent höher war als zu Beginn der siebziger Jahre, waren die öffentlichen Investitionen über 30 Prozent niedriger. Dass dies nicht unbedingt eine Entwicklung ist, welche das Wachstum fördert, liegt auf der Hand.

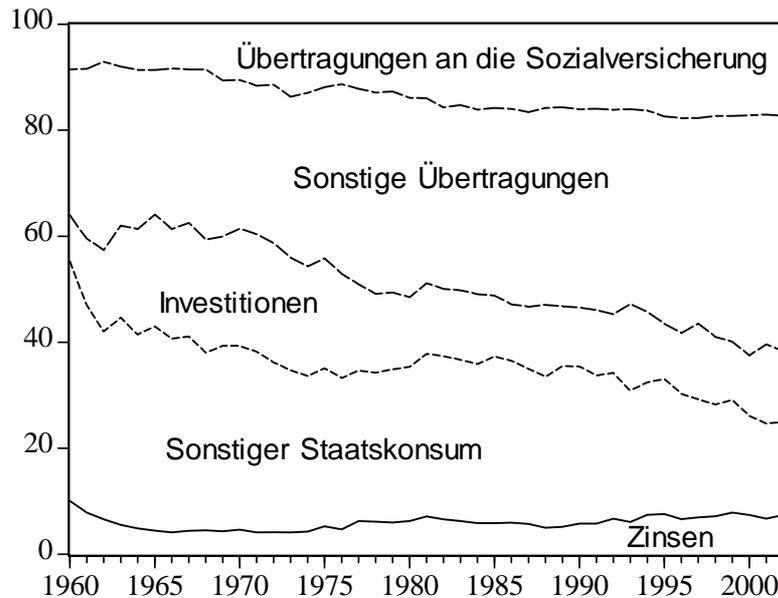


Abbildung 5: Anteile der Sachgruppen an den gesamten Bundesausgaben (in Prozent)

Die Entwicklung der Einnahmen des Bundes ist recht parallel zu jener der Ausgaben verlaufen. Nach wie vor sind die Steuern die wesentlichste Einnahmenquelle. Dabei hat sich jedoch eine deutliche Verschiebung in Richtung auf die direkten Steuern ergeben. Während deren Aufkommen in den sechziger Jahren deutlich unter der Hälfte des Aufkommens der indirekten Steuern lag, liegt der heutige Ertrag bei deutlich über 60 Prozent, in den Jahren 1998 und 2000 lag er sogar deutlich über 80 Prozent jenes Aufkommens. Zwar wird die kalte Progression durch die Indexierung ausgeschaltet, aber selbst das vergleichsweise geringe Wachstum der Schweiz hat den Ertrag dieser Steuern stärker gesteigert als die Ausweitung der Bemessungsgrundlage durch die Einführung der Mehrwertsteuer und die verschiedenen Anpassungen dieses Steuersatzes bis auf 7.6 Prozent das Aufkommen der indirekten Steuern.

Die bedenklichste Entwicklung der Bundesfinanzen in der jüngeren Zeit ist jene der öffentlichen Schuld. In den sechziger Jahren waren die Schulden des Bundes selbst nominal leicht rückläufig; wie *Abbildung 6* zeigt, verringerten sie sich dabei im Vergleich mit dem Bruttoinlandsprodukt erheblich. Obwohl gleichzeitig die Schulden der Kantone und Gemeinden deutlich angestiegen sind, ging damit die gesamte Staatsschuld (immer im Verhältnis zum Bruttoinlandsprodukt) zurück. Dem folgte ein deutlicher Anstieg in der Wirtschaftskrise Mitte der siebziger Jahre, wobei der Anstieg der Bundesschuld absolut und relativ am stärksten war. Danach sind die Schulden aller drei Ebenen wieder gesunken; jene des Bundes insbesondere

in der zweiten Hälfte der achtziger Jahre. Mit dem Wirtschaftseinbruch zu Beginn der neunziger Jahre sind wiederum die Schulden aller drei Ebenen gewachsen, freilich in sehr unterschiedlichem Ausmass: von 1990 bis 2000 jene des Bundes real um 8.7 Prozent pro Jahr, jene der Kantone mit 6.1 Prozent pro Jahr, jene der Gemeinden dagegen nur mit 1.4 Prozent pro Jahr. Letzteres ist kaum mehr als die reale Wachstumsrate des Bruttoinlandsprodukts, die, wie *Tabelle 1* zeigt, knapp über einem Prozent lag. Daher sind die Schulden der Gemeinden im Vergleich zum Bruttoinlandsprodukt kaum gestiegen. Der Anstieg der Schulden der Kantone und insbesondere des Bundes führte dazu, dass die Gesamtschuld im Verhältnis zum Bruttoinlandsprodukt im Jahr 2002 nach einem vorläufigen Höhepunkt im Jahr 1998 von 53.1 Prozent im Jahr 2002 den Wert von 54.5 Prozent erreichte bei weiterhin steigender Tendenz.

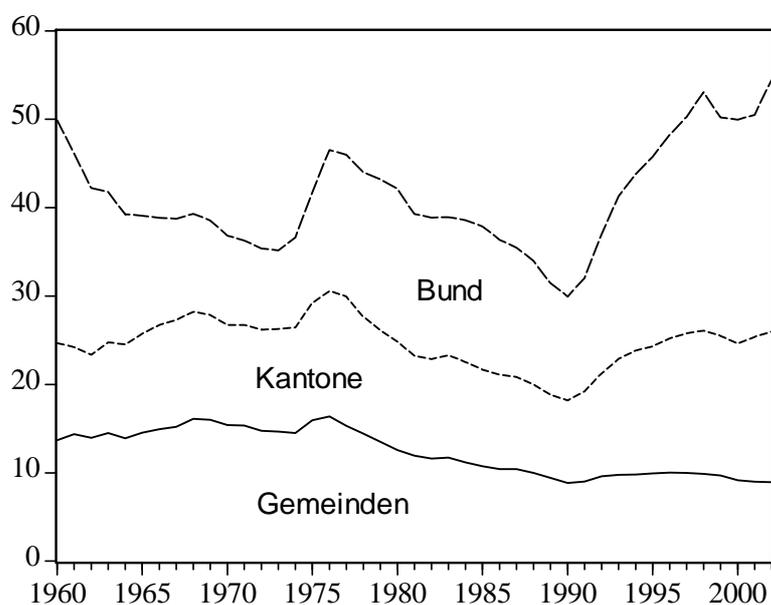


Abbildung 6: *Entwicklung der öffentlichen Schuld im Verhältnis zum Bruttoinlandsprodukt (in Prozent)*

4 Entwicklung einzelner Bereiche der Bundesfinanzen

Damit ergibt sich folgendes Bild der Bundesfinanzen: Ihre Entwicklung wird durch die Entwicklung der Transfers dominiert, die massiv zugenommen haben. Dies gilt nicht nur für die Subventionen an die Sozialwerke des Bundes, sondern in noch stärkerem Masse für die übrigen Übertragungen. Teilweise wurde dieser Anstieg, insbesondere in den Jahren der Rezession, mit einem erheblichen Anwachsen der öffentlichen Schuld erkaufte. Die stärkste Einbusse bei den Bundesausgaben erlebte der Konsum; dies wurde freilich durch die Ausdehnung des öffentlichen Konsums der Kantone und Gemeinden mehr als ausgeglichen, sodass der Staatskonsum sowohl insgesamt als auch als Anteil am Bruttoinlandsprodukt zugenommen hat. Dagegen ist der Anteil der Investitionen am Bruttoinlandsprodukt wie an den Staatsausgaben nicht nur beim Bund, sondern auch insgesamt zurückgegangen. Die Zinszahlungen schliesslich sind heute noch vergleichsweise niedrig; sie könnten jedoch in Zukunft steigen, falls das Zinsniveau entsprechend ansteigt.

Geht man davon aus, dass öffentliche Investitionen im Allgemeinen wachstumsfördernd wirken, Übertragungen und öffentlicher Konsum dagegen zumindest ab einer bestimmten Schwelle wachstumshemmend, ist diese Entwicklung nicht unproblematisch. Nun ist die hier vorgenommene Einteilung zwischen Staatskonsum und -investition zwar üblich, aber dennoch problematisch. So kann man Ausgaben für Bildung auch als Investitionen (in das Humankapital der Bevölkerung) betrachten, selbst wenn sie statistisch als Staatskonsum erscheinen. Andererseits kann man sich fragen, ob all jenes, was unter öffentlichen Investitionen verbucht wird, wie etwa der Bau von Kasernen, tatsächlich dem Wachstum dient. Daher erscheint es sinnvoll, einzelne Bereiche der Staatsausgaben näher zu betrachten, bevor aus den vorgestellten Zahlen Schlüsse gezogen werden.

<i>Tabelle 4: Ausgaben des Bundes nach Funktionen</i>									
Jahr	1960	1965	1970	1975	1980	1985	1990	1995	2000
	als Anteil am Bruttoinlandsprodukt								
Allgemeine Verwaltung	0.26	0.26	0.37	0.32	0.27	0.27	0.33	0.38	0.40
Landesverteidigung	2.41	2.43	2.07	1.87	1.93	2.08	1.85	1.57	1.20
Bildung	0.28	0.39	0.68	0.93	0.83	0.77	0.74	0.85	0.83
Gesundheit	0.16	0.36	0.38	0.43	0.50	0.41	0.34	0.54	0.47
Soziale Wohlfahrt	0.68	0.70	1.00	1.29	1.47	1.63	1.79	2.28	2.98
Verkehr	0.40	1.46	1.29	1.48	1.49	1.44	1.43	1.73	1.78
Landwirtschaft	0.86	0.85	0.80	0.88	0.86	0.83	0.82	0.95	0.90
Umwelt	0.03	0.04	0.08	0.23	0.18	0.11	0.15	0.16	0.18
	als Anteil an den Gesamtausgaben								
Allgemeine Verwaltung	4.05	3.47	4.66	3.54	2.78	2.82	3.44	3.43	3.43
Landesverteidigung	37.01	32.24	25.70	20.58	20.15	22.04	19.14	14.33	10.38
Bildung	4.33	5.24	8.42	10.30	8.62	8.14	7.71	7.78	7.17
Gesundheit	2.47	4.81	4.72	4.77	5.25	4.30	3.53	4.90	4.05
Soziale Wohlfahrt	10.45	9.32	12.46	14.18	15.39	17.24	18.58	20.79	25.66
Verkehr	6.11	19.46	16.05	16.33	15.53	15.18	14.80	15.74	15.35
Landwirtschaft	13.20	11.31	9.93	9.75	8.97	8.77	8.46	8.63	7.73
Umwelt	0.42	0.56	0.97	2.49	1.90	1.21	1.57	1.44	1.55

Tabelle 4 und *Abbildung 7* zeigen die Entwicklung der Bundesfinanzen nach Funktionen, *Tabelle 5* und *Abbildung 8* die Entwicklung aller öffentlichen Haushalte zusammen, sowohl als Anteile am Bruttoinlandsprodukt als auch am Gesamthaushalt. Dabei haben wir jedoch nur einzelne Funktionen herausgegriffen. Zunächst fällt auf, dass es einen grossen ‚Gewinner‘ sowie einen grossen ‚Verlierer‘ gibt. Ein massiver Zuwachs ergab sich bei den Ausgaben für

soziale Wohlfahrt, die sich zwischen 1960 und 2000 beim Bund von 0.7 auf knapp 3 Prozent erhöht und insgesamt von 1.5 auf 5.5 Prozent im Vergleich mit dem Bruttoinlandsprodukt mehr als verdreifacht haben; sie beanspruchen heute ein Viertel des Bundeshaushalts und knapp 20 Prozent der Ausgaben aller Gebietskörperschaften.⁶⁾ Dabei ist zu berücksichtigen, dass die Ausgaben der Sozialversicherungen, die durch Beiträge der Versicherten und nicht durch Zuschüsse der Gebietskörperschaften finanziert werden, in diesen Zahlen nicht enthalten sind.

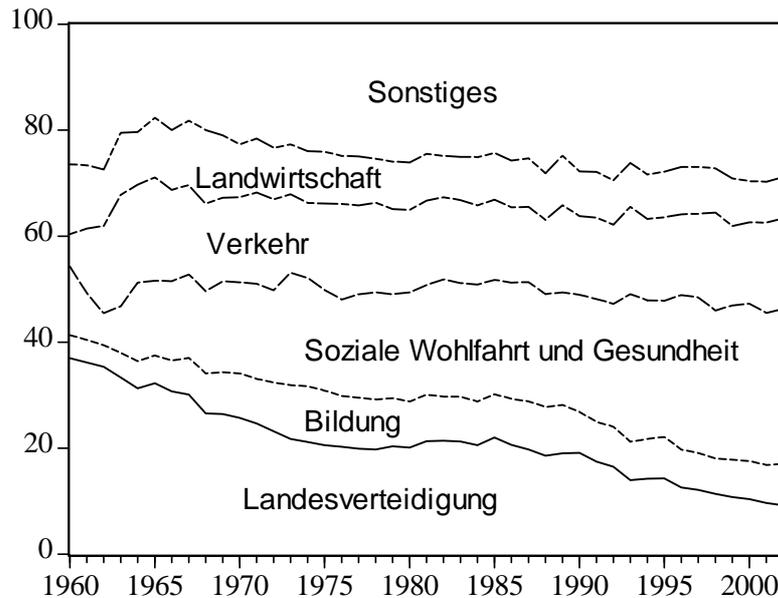


Abbildung 7: Entwicklung der Ausgabenanteile am Bundeshaushalt

Ein weiterer ‚Gewinner‘ sind die Gesundheitsausgaben, die freilich für den Bund bisher nur von untergeordneter Bedeutung sind. Betrachtet man alle öffentlichen Haushalte zusammen, dann sind diese Ausgaben zwischen 1970 und 1975 sehr stark und danach schwächer, aber recht kontinuierlich angestiegen, sie machen heute immerhin fast 13 Prozent der Gesamtausgaben und über 4 Prozent des Bruttoinlandsprodukts aus, wobei die weitere Tendenz steigend sein dürfte. Dagegen erlebten die Ausgaben für die Landesverteidigung einen massiven Rückgang: von 37 Prozent auf knapp über 10 Prozent des Bundeshaushalts. Die gesamten Verteidigungsausgaben machen heute gerade noch 1.3 Prozent des Bruttoinlandsprodukts aus; weniger als ein Viertel der Ausgaben für Bildung oder für soziale Wohlfahrt.⁷⁾

Bei den anderen Gruppen fällt auf, dass es zum Teil erhebliche Änderungen bis etwa Mitte der siebziger Jahre gab, dass aber spätestens seit Anfang der achtziger Jahre kaum mehr

6. Im Gegensatz zur offiziellen Statistik rechnen wir den Anteil der Sozialversicherung an der Mehrwertsteuer zu den Sozialausgaben. Andererseits verbuchen wir die Ausgaben für die Krankenversicherung bei den Gesundheitsausgaben und nicht bei den Sozialausgaben.

7. Die gesamten volkswirtschaftlichen Kosten der Landesverteidigung werden durch diese Zahlen unterschätzt, da über das Milizsystem wesentliche Kosten externalisiert (und damit dem privaten Sektor aufgebürdet) werden. Da das Milizsystem jedoch tendenziell an Bedeutung verliert, wird der Rückgang der gesamten Verteidigungsausgaben durch diese Zahlen eher unterschätzt.

<i>Tabelle 5: Ausgaben der Gebietskörperschaften nach Funktionen</i>									
Jahr	1960	1965	1970	1975	1980	1985	1990	1995	2000
	als Anteil am Bruttoinlandsprodukt								
Allgemeine Verwaltung	1.26	1.56	1.52	1.73	1.66	1.67	1.84	1.95	1.90
Landesverteidigung	2.50	2.51	2.28	2.08	2.09	2.27	2.03	1.70	1.30
Bildung	2.89	3.21	3.85	5.17	5.08	5.05	5.09	5.70	5.49
Gesundheit	1.49	1.96	2.14	3.10	3.52	3.58	3.74	4.40	4.42
Soziale Wohlfahrt	1.76	1.75	2.15	2.82	3.02	3.28	3.63	4.76	5.45
Verkehr	1.85	3.38	3.10	3.19	3.17	2.92	2.80	3.01	3.13
Landwirtschaft	1.04	1.05	0.98	1.05	1.05	1.05	0.98	1.07	1.01
Umwelt	0.20	0.64	0.89	1.35	1.24	1.17	1.13	1.20	1.16
	als Anteil an den Gesamtausgaben								
Allgemeine Verwaltung	7.80	8.27	7.31	6.83	6.44	6.45	6.96	6.56	6.38
Landesverteidigung	15.47	13.29	10.94	8.23	8.10	8.74	7.69	5.72	4.38
Bildung	17.90	16.97	18.52	20.45	19.69	19.48	19.23	19.16	18.45
Gesundheit	9.22	10.36	10.28	12.27	13.65	13.80	14.15	14.76	14.87
Soziale Wohlfahrt	10.90	9.26	10.34	11.16	11.69	12.64	13.72	15.99	18.31
Verkehr	11.50	17.87	14.88	12.63	12.28	11.26	10.59	10.11	10.52
Landwirtschaft	6.42	5.54	4.70	4.15	4.08	4.03	3.69	3.61	3.40
Umwelt	1.22	3.39	4.26	5.34	4.82	4.50	4.27	4.04	3.90

grosse Veränderungen stattgefunden haben; dies deutet auf ein stark inkrementelles Verhalten in den Budgetprozessen hin: Die Entwicklung der öffentlichen Ausgaben ergibt sich weniger dadurch, dass diese nach einem politischen Konzept bestimmt werden, sondern es werden eher vom Status Quo ausgehend marginale Änderungen angebracht.⁸⁾ In der Zeit davor haben sich zum Teil massive Veränderungen ergeben. So sind die Anteile der Ausgaben des Bundes für Bildung und Forschung sowie für Verkehr zwischen 1960 und 1975 um etwa 150 Prozent gestiegen, während jener für das Budget der Umweltpolitik geradezu explodiert, danach allerdings auch wieder sehr stark zurückgegangen ist. Dagegen sind heute sowohl der Anteil der Ausgaben für die allgemeine Verwaltung als auch jener für die Landwirtschaft am Bundeshaushalt geringer als im Jahr 1960. Als Anteile am Bruttoinlandsprodukt sind sie letztere jedoch in etwa konstant geblieben. Dies gilt auch, wenn man die gesamten Ausgaben für die Landwirtschaft betrachtet, während der Anteil für die Verwaltungsausgaben deutlich gestiegen ist; zwischen 1980 und 2000 beim Bund sogar um 50 Prozent.

8. Zur Theorie inkrementellen Verhaltens bei Budgetprozessen siehe O.A. DAVIS, M.A.H. DEMPSTER und A. WILDAVSKY (1974).

Die Konstanz der Ausgaben für die Landwirtschaft als Anteil am Bruttoinlandsprodukt bzw. ihr sinkender Anteil an den gesamten Ausgaben der öffentlichen Haushalte mag erstaunen, wenn man berücksichtigt, dass die Einführung der Direktzahlungen erhebliche zusätzliche Übertragungen bedeutete. Die Politik war hier erfolgreich, dies – wie geplant – durch den Abbau anderer Vergünstigungen wettzumachen.

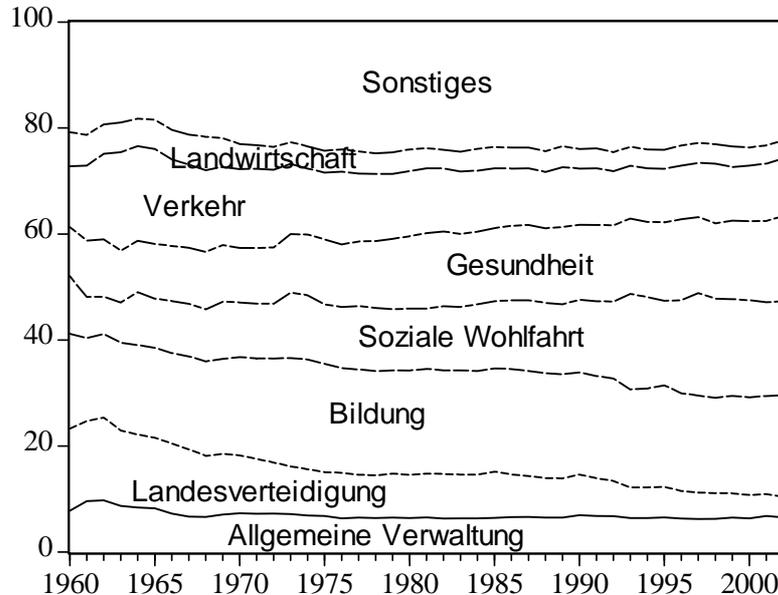


Abbildung 8: Entwicklung der Ausgabenanteile am Gesamthaushalt

Die seit 1975 zu beobachtenden Stagnation der Ausgaben für Bildung und Forschung an den Gesamtausgaben der öffentlichen Haushalte führte dazu, dass die gesamten Investitionen in den vergangenen Jahrzehnten auch dann zurückgegangen sind, wenn man diese Ausgaben als Investitionen in das Humankapital dazu rechnet. Insofern ist die Struktur der öffentlichen Haushalte im Zeitablauf weniger wachstumsfreundlich geworden. Dabei ist jedoch zu beachten, dass die entscheidenden Veränderungen nicht erst im letzten Jahrzehnt, sondern bereits in den siebziger und achtziger Jahren stattgefunden haben.

5 Abschliessende Bemerkungen

Für die Entwicklung der Staatsquote und der öffentlichen Schuld (wie auch der Beschäftigung) gilt: Besonders niedrige Quoten welche die Schweiz einst aufzuweisen hatte, gehören der Vergangenheit an. Die Schweiz ist zwar im internationalen Vergleich immer noch in einer relativ guten Position, aber sie hat sich den anderen Staaten angenähert und liegt zum Teil bereits im Mittelfeld. Dabei haben sich die wesentlichen Änderungen bei der Staatsquote bereits vor 1990 ergeben, während die Schulden bis zu diesem Zeitpunkt eher rückläufig waren und erst danach kräftig angestiegen sind.

Dabei lief die Entwicklung in den Kantonen und Gemeinden deutlich anders als beim Bund. Während beim Bund vor allem die Übertragungen an Bedeutung gewannen, war dies bei den

Kantone vor allem der Staatskonsum. Da letzterer sehr viel personalintensiver ist, hat auch die Beschäftigung in den Kantonen und Gemeinden sehr viel stärker zugenommen als beim Bund. Der in jüngster Zeit beobachtbare Rückgang der Beschäftigung im öffentlichen Sektor im weiteren Sinn, der sich fast ausschliesslich beim Bund vollzogen hat, ist vor allem auf die Überführung von öffentlichen Betrieben in die Rechtsform von Aktiengesellschaften zurückzuführen, die aber weitgehend weiterhin in staatlichem Eigentum sind.

In dem hier untersuchten Zeitraum scheint somit sowohl die Entwicklung beim Bund, als auch jene bei den Kantonen, WAGNER's Gesetz der wachsenden Staatsausgaben nicht nur in seiner absoluten, sondern auch in seiner relativen Variante zu folgen. Es ist offensichtlich, dass hier eine Änderung eintreten muss: Unabhängig davon, wie hoch man die ‚optimale‘ Staatsquote der Schweiz einschätzt, kann die seit den sechziger Jahren erfolgte Entwicklung nicht mehr über längere Zeit durchgehalten werden. Angesichts des internationalen Steuer- und Systemwettbewerbs, der Erhöhungen von Steuern nur noch sehr eingeschränkt zulässt, erscheinen Einschnitte auf der Ausgabenseite unumgänglich.

Dabei ergibt sich beim Bund ein besonderes Problem, dass die demographische Entwicklung – ceteris paribus – zu einem weiteren Anstieg der Übertragungen führen wird.⁹⁾ Eine Stabilisierung des Bundeshaushalts im Vergleich zum Bruttoinlandsprodukt erfordert damit eine Verringerung des Staatskonsums. Eine solche Verringerung hat, wie oben gezeigt wurde, in den vergangenen Jahrzehnten stattgefunden. Sie ging im Wesentlichen auf Kosten der Ausgaben für die Landesverteidigung. Auch wenn hier weitere Einsparungen möglich sind und auch stattfinden werden, ist offensichtlich, dass – mit sinkendem Anteil dieser Ausgaben am Bundeshaushalt – hier in Zukunft immer weniger Einsparungsmöglichkeiten bestehen werden und damit ein Anstieg der Übertragungen an anderer Stelle ausgeglichen werden muss. Hier bieten sich u.a. die Übertragungen an die Kantone an, die mit dem neuen Finanzausgleich im Zuge einer klareren Aufgabentrennung zurückgeschraubt werden sollen.

Der beobachtete Rückgang des Aufwands für den Staatskonsum beim Bund legt nahe, dass zumindest auf dieser Ebene seit 1985 Leistungen zurückgefahren wurden. Schliesslich betrug, wie in *Tabelle 3* angegeben ist, der Anteil des Konsums des Bundes im Jahr 2000 nur noch etwa zwei Drittel des Wertes des Jahres 1985. Dagegen spricht jedoch der in dieser Zeit erfolgte Anstieg der Beschäftigung beim Bund (ohne öffentliche Unternehmen), der sich u.a. im deutlichen Anstieg des Anteils der Ausgaben für die allgemeine Verwaltung niederschlägt. Die Ursachen dieses Anstiegs, der im übrigen bei den Kantonen deutlich stärker war als beim Bund, können an dieser Stelle nicht analysiert werden; dies bedürfte einer eigenen Untersuchung. Wenn der Bundeshaushalt langfristig ins Gleichgewicht gebracht werden soll, dürften Einschnitte hier unvermeidbar sein.

Wegen des Anstiegs der Beschäftigung kann die Entwicklung der Bundesfinanzen kaum mit dem BAUMOL-Effekt begründet werden. Insofern sollte der Umfang der der Bevölkerung vom Bund zur Verfügung gestellten Leistungen nicht zurückgegangen sein. Wenn dennoch in der Bevölkerung teilweise dieses Gefühl vorhanden ist, mag dies daraus resultieren, dass öffentli-

9. Dazu kommt ein zu erwartender weiterer Anstieg bei den Gesundheitskosten, der sich zwar vor allem bei den Kantonen, zum Teil aber auch beim Bund niederschlagen dürfte.

che Betriebe, wie z.B. die Post, ihre Leistungen reduziert haben, um ohne allgemeine staatliche Unterstützung in einem Wettbewerbsumfeld überleben zu können. Diese Betriebe werden häufig noch mit der staatlichen Aktivität identifiziert, und im Rahmen des ‚Service public‘ wird ihnen eine besondere Rolle zugeschrieben.

Die sich vor allem aus der Entwicklung der Übertragungen ergebenden Probleme der derzeitigen finanziellen Situation des Bundes, die sich vor allem im Defizit und in den im vergangenen Jahrzehnt aufgelaufenen Schulden manifestieren, können durch höheres Wirtschaftswachstum gemildert, aber nicht gelöst werden. Andererseits kann von einer Konsolidierung der Bundesfinanzen langfristig ein positiver Effekt auf das Wirtschaftswachstum ausgehen. Diese Konsolidierung (und damit die Brechung des langfristigen Trends) wird damit in den nächsten Jahren im Zentrum der finanzpolitischen Bemühungen des Bundes stehen müssen.

Literaturangaben

- W.J. BAUMOL (1967), Macroeconomics of Unbalanced growth: The Anatomy of Urban Crises, *American Economic Review* 57 (1967), S. 415 – 426.
- O.A. DAVIS, M.A.H. DEMPSTER und A. WILDAVSKY (1974), Towards a Predictive Theory of Expenditure: U.S. Domestic Appropriations, *British Journal of Political Science* 4 (1974), S. 419 – 452.
- C. JEANRENAUD (2004), Evolution de l’emploi dans le secteur public, Hintergrundpapier zu Teil 3 des Jahresberichts 2004 der Kommission für Konjunkturfragen.
- G. KIRCHGÄSSNER (2004), Zum Zusammenhang zwischen staatlicher Aktivität und wirtschaftlicher Entwicklung, Hintergrundpapier zu Teil 4.1 des Jahresberichts 2004 der Kommission für Konjunkturfragen.
- KOMMISSION FÜR KONJUNKTURFRAGEN (1999), *Liberales wirtschaftspolitisches Konzept: Richtschnur für die längere Frist*, 371. Mitteilung, Beilage zur *Volkswirtschaft, dem Magazin für Wirtschaftspolitik*, August 1999.
- KOMMISSION FÜR KONJUNKTURFRAGEN (2003), *Jahresbericht 2003*, 382. Mitteilung, Beilage zur *Volkswirtschaft, dem Magazin für Wirtschaftspolitik*, Oktober 2003.
- A. WAGNER (1876), *Grundlegung der politischen Ökonomie, Theil 1: Grundlagen der Volkswirtschaft*, Leipzig 1876.

Datenanhang

Im Folgenden werden die für die einzelnen Tabellen und Graphiken verwendeten Daten (bzw. die Ursprungsdaten, aus denen die Angaben berechnet wurden,) angegeben.

Die Daten für das Bruttoinlandsprodukt wurden uns vom Bundesamt für Statistik zur Verfügung gestellt. Die Daten für die öffentlichen Finanzen wurden uns von der Eidgenössischen Finanzverwaltung zur Verfügung gestellt bzw. stammen aus den verschiedenen Jahrgängen der „Öffentlichen Finanzen der Schweiz“. Die nach der neuen Konvention berechneten Daten standen uns jedoch als Jahresdaten nur bis 1980 und danach nur in 5 Jahres-Abständen zur

Verfügung. Die fehlenden Daten wurden geschätzt, indem für die Anfangs- und Endjahre des jeweiligen Zeitraums das Verhältnis zwischen den ‚alten‘ und den ‚neuen‘ Daten berechnet wurde und die Multiplikatoren für die dazwischen liegenden Jahre linear interpoliert wurden. Vollständig fehlende Daten wurden ebenfalls linear interpoliert.

<i>Tabelle A1: Nominales und reales Bruttoinlandsprodukt in Millionen Franken, 1950 – 2002</i>						
Jahr	Nominales BIP	Wachstums- rate des nomi- nalen BIP	Reales BIP	Wachstums- rate des realen BIP	Preisindex des BIP	Inflationsrate
1950	106 850		21 042		19.70	
1951	114 909	9.60	23 062	7.54	20.07	1.92
1952	115 810	5.66	24 367	0.78	21.04	4.84
1953	119 680	4.96	25 576	3.34	21.37	1.57
1954	126 263	5.97	27 103	5.50	21.47	0.44
1955	134 409	7.87	29 236	6.45	21.76	1.33
1956	142 971	7.52	31 434	6.37	21.99	1.08
1957	148 679	6.38	33 440	3.99	22.49	2.29
1958	145 498	2.81	34 379	-2.14	23.63	5.06
1959	154 599	6.21	36 514	6.25	23.62	-0.05
1960	165 131	9.99	40 162	6.81	24.32	2.98
1961	178 923	12.50	45 182	8.35	25.25	3.82
1962	187 909	10.89	50 102	5.02	26.67	5.59
1963	197 222	9.96	55 093	4.96	27.94	4.77
1964	207 277	10.85	61 070	5.10	29.47	5.47
1965	213 630	7.10	65 406	3.06	30.62	3.92
1966	218 781	7.39	70 240	2.41	32.11	4.86
1967	225 346	7.64	75 606	3.00	33.55	4.51
1968	233 678	6.78	80 732	3.70	34.55	2.97
1969	246 782	8.35	87 473	5.61	35.45	2.60
1970	262 474	11.39	97 437	6.36	37.13	4.73
1971	273 696	13.60	110 688	4.28	40.45	8.94
1972	283 159	13.32	125 432	3.46	44.30	9.53
1973	292 109	11.44	139 781	3.16	47.86	8.02
1974	295 546	8.49	151 648	1.18	51.32	7.23
1975	275 710	-0.67	150 632	-6.71	54.64	6.48
1976	273 395	1.29	152 575	-0.84	55.81	2.15
1977	279 845	2.70	156 695	2.36	56.00	0.33
1978	281 506	4.04	163 025	0.59	57.91	3.42
1979	288 354	4.53	170 410	2.43	59.10	2.05
1980	300 998	7.43	183 077	4.38	60.82	2.92
1981	306 324	7.50	196 807	1.77	64.25	5.63
1982	302 255	5.07	206 795	-1.33	68.42	6.49
1983	303 859	3.22	213 457	0.53	70.25	2.68
1984	313 365	6.88	228 137	3.13	72.80	3.63
1985	324 374	6.10	242 045	3.51	74.62	2.50
1986	329 915	4.98	254 094	1.71	77.02	3.21
1987	334 055	3.80	263 743	1.26	78.95	2.51
1988	345 008	6.21	280 129	3.28	81.20	2.84
1989	360 707	7.87	302 165	4.55	83.77	3.17
1990	374 406	8.41	327 584	3.80	87.49	4.45

***Tabelle A1a: Nominales und reales Bruttoinlandsprodukt
in Millionen Franken, 1950 – 2002 (Schluss)***

Jahr	Nominales BIP	Wachstumsrate des nominalen BIP	Reales BIP	Wachstumsrate des realen BIP	Preisindex des BIP	Inflationsrate
1991	371 302	4.79	343 265	-0.83	92.45	5.66
1992	371 401	2.20	350 807	0.03	94.45	2.17
1993	370 549	2.14	358 326	-0.23	96.70	2.38
1994	374 501	2.62	367 729	1.07	98.19	1.54
1995	375 921	1.23	372 250	0.38	99.02	0.85
1996	377 883	0.47	373 993	0.52	98.97	-0.05
1997	385 091	1.76	380 593	1.91	98.83	-0.14
1998	395 847	2.52	390 191	2.79	98.57	-0.26
1999	401 047	1.97	397 894	1.31	99.21	0.65
2000	415 529	4.43	415 529	3.61	100.00	0.79
2001	419 856	1.67	422 485	1.04	100.63	0.63
2002	421 222	2.03	431 064	0.33	102.34	1.70

**Tabelle A2: Ausgaben von Bund, Kantonen und Gemeinden
in Millionen Franken, 1960 – 2002**

Jahr	Ausgaben des Bundes brutto	Ausgaben des Bundes netto	Ausgaben der Kantone brutto	Ausgaben der Kantone netto	Ausgaben der Gemeinden brutto	Ausgaben der Gemeinden netto
1960	2 691	2 304	2 787	2 471	2 043	1 950
1961	3 175	2 647	3 377	2 973	2 277	2 167
1962	3 724	2 901	3 984	3 490	2 678	2 555
1963	4 023	3 149	4 450	3 958	3 087	2 960
1964	4 688	3 422	5 080	4 502	3 544	3 405
1965	4 666	3 352	5 762	5 020	3 959	3 768
1966	5 347	3 999	6 400	5 559	4 554	4 322
1967	5 790	4 342	6 892	5 845	4 968	4 726
1968	6 466	4 823	7 557	6 415	5 347	5 099
1969	7 175	5 507	8 408	7 113	5 790	5 519
1970	7 956	5 798	9 501	8 085	6 840	6 516
1971	9 158	7 002	11 383	9 664	8 391	8 071
1972	10 577	7 922	13 206	11 203	9 577	9 046
1973	11 818	8 933	15 129	12 792	11 016	10 346
1974	13 318	9 858	16 956	14 445	12 606	11 711
1975	13 827	10 038	18 433	16 183	13 463	12 295
1976	16 156	11 545	19 816	17 281	14 019	12 751
1977	15 848	11 977	19 778	17 313	14 085	13 055
1978	16 182	12 527	20 031	17 341	14 642	13 596
1979	16 974	13 096	20 696	17 892	15 472	14 380
1980	17 816	13 806	21 824	18 883	16 475	15 251
1981	18 018	13 981	23 503	20 325	17 759	16 445
1982	19 821	15 514	25 235	21 925	19 286	17 835
1983	20 850	16 352	26 604	23 044	20 334	18 820
1984	22 261	17 514	27 552	23 752	20 950	19 342
1985	23 574	18 385	28 949	24 859	22 088	20 385
1986	24 020	18 649	31 179	26 610	23 393	21 165
1987	24 554	18 928	32 250	27 521	24 208	21 895
1988	27 496	20 959	34 565	29 528	26 030	23 579
1989	28 504	21 804	37 331	32 000	27 864	25 252
1990	31 616	24 127	41 116	36 646	30 245	27 723
1991	35 501	26 857	45 626	40 879	33 239	30 411
1992	37 816	29 058	48 334	43 384	35 968	32 826
1993	40 600	29 307	52 392	47 214	37 087	33 854
1994	41 341	30 135	52 508	47 660	37 873	34 672
1995	40 528	30 117	52 111	47 262	38 427	35 035
1996	43 840	31 053	55 174	50 256	38 696	35 106
1997	44 122	30 480	56 866	52 079	38 471	34 705
1998	46 589	32 195	57 170	52 265	39 327	35 530
1999	45 656	30 506	57 799	52 523	39 714	35 781
2000	47 131	30 948	60 194	54 712	40 599	36 536
2001	50 215	33 719	63 899	58 244	41 709	37 368
2002	50 722	34 040	66 591	60 833	42 498	38 677

Tabelle A3: Ausgaben von Bund, Kantonen und Gemeinden nach Sachgruppen, in Millionen Franken, 1960 – 2002

Jahr	Übriger Staatskonsum	Zinsen	Öffentliche Investitionen	Übertragungen	Gesamtausgaben
1960	3 978	550	1 001	1 196	6 725
1961	4 380	542	1 289	1 576	7 787
1962	4 938	563	1 594	1 851	8 946
1963	5 699	573	1 923	1 872	10 067
1964	6 093	630	2 458	2 148	11 329
1965	6 549	675	2 720	2 196	12 140
1966	7 113	805	3 126	2 837	13 880
1967	7 497	932	3 471	3 014	14 913
1968	7 947	1 044	3 845	3 501	16 337
1969	8 685	1 174	4 299	3 982	18 139
1970	9 860	1 334	5 321	3 884	20 399
1971	11 574	1 478	6 590	5 095	24 737
1972	13 072	1 686	7 655	5 758	28 171
1973	15 204	1 934	8 152	6 781	32 071
1974	17 555	2 296	8 384	7 779	36 014
1975	18 978	2 738	8 224	8 576	38 516
1976	20 362	2 932	8 439	9 844	41 577
1977	21 034	3 170	7 783	10 358	42 345
1978	21 986	3 122	7 462	10 894	43 464
1979	23 710	3 025	7 556	11 077	45 368
1980	25 495	3 129	7 563	11 752	47 940
1981	27 281	3 378	8 354	11 739	50 751
1982	29 751	3 537	8 857	13 129	55 274
1983	31 551	3 631	9 208	13 826	58 216
1984	33 057	3 591	9 154	14 807	60 608
1985	35 364	3 694	8 950	15 621	63 629
1986	36 973	3 751	9 252	16 449	66 424
1987	37 952	3 725	9 772	16 895	68 344
1988	40 538	3 759	11 381	18 387	74 066
1989	43 517	3 956	11 781	19 802	79 056
1990	47 872	4 568	12 383	23 673	88 496
1991	52 295	5 279	13 445	27 127	98 147
1992	55 538	6 409	14 030	29 292	105 268
1993	56 656	6 917	16 255	30 546	110 374
1994	58 154	7 593	15 050	31 670	112 467
1995	58 936	7 798	13 460	32 219	112 413
1996	60 116	7 653	13 811	34 834	116 415
1997	59 486	7 817	14 819	35 141	117 263
1998	59 880	7 986	14 830	37 294	119 990
1999	60 690	8 095	13 803	36 223	118 811
2000	61 625	7 923	14 545	38 103	122 196
2001	64 923	7 647	16 926	39 836	129 331
2002	67 269	7 718	16 646	41 916	133 549

**Tabelle A4: Ausgaben des Bundes nach Sachgruppen,
in Millionen Franken, 1960 – 2002**

Jahr	Übriger Staatskonsum	Zinsen	Öffentliche Investitionen	Übertragun- gen an die Sozialver- sicherungen	Sonstige Übertra- gungen	Gesamt- ausgaben
1960	1 216	271	234	230	740	2 691
1961	1 243	250	397	267	1 018	3 175
1962	1 320	246	572	264	1 322	3 724
1963	1 571	225	699	321	1 207	4 023
1964	1 713	229	933	406	1 407	4 688
1965	1 796	210	984	404	1 272	4 666
1966	1 953	220	1 107	448	1 620	5 347
1967	2 122	258	1 239	496	1 676	5 790
1968	2 167	293	1 378	551	2 076	6 466
1969	2 508	313	1 478	761	2 115	7 175
1970	2 755	373	1 758	839	2 231	7 956
1971	3 119	379	2 033	1 064	2 564	9 158
1972	3 385	440	2 382	1 209	3 162	10 577
1973	3 615	487	2 514	1 618	3 584	11 818
1974	3 904	575	2 753	1 728	4 358	13 318
1975	4 121	733	2 868	1 640	4 465	13 827
1976	4 607	762	3 177	1 835	5 775	16 156
1977	4 497	993	2 577	1 932	5 848	15 848
1978	4 545	997	2 408	2 093	6 138	16 182
1979	4 903	1 018	2 463	2 153	6 436	16 974
1980	5 187	1 117	2 336	2 474	6 701	17 816
1981	5 524	1 286	2 406	2 518	6 284	18 018
1982	6 096	1 306	2 522	3 115	6 782	19 821
1983	6 342	1 310	2 730	3 185	7 284	20 850
1984	6 677	1 307	2 944	3 590	7 743	22 261
1985	7 405	1 391	2 709	3 721	8 349	23 574
1986	7 324	1 438	2 564	3 835	8 859	24 020
1987	7 166	1 414	2 880	4 069	9 025	24 554
1988	7 818	1 381	3 735	4 339	10 222	27 496
1989	8 636	1 482	3 210	4 461	10 715	28 504
1990	9 367	1 832	3 500	5 081	11 836	31 616
1991	9 915	2 050	4 384	5 654	13 499	35 501
1992	10 396	2 546	4 166	6 113	14 596	37 816
1993	10 065	2 486	6 623	6 510	14 917	40 600
1994	10 336	3 079	5 481	6 741	15 704	41 341
1995	10 326	3 080	4 212	7 050	15 860	40 528
1996	10 341	2 922	5 037	7 773	17 767	43 840
1997	9 796	3 079	6 322	7 816	17 108	44 122
1998	9 821	3 345	5 929	8 061	19 434	46 589
1999	9 711	3 586	5 020	7 897	19 442	45 656
2000	8 798	3 489	5 383	8 109	21 353	47 131
2001	9 006	3 394	7 485	8 574	21 756	50 215
2002	8 860	3 764	6 802	8 771	22 526	50 722

**Tabelle A5: Einnahmen des Bundes,
in Millionen Franken, 1960 – 2002**

Jahr	Direkte Steuern	Indirekte Steuern	Vermögenserträge	Gesamteinnahmen	Defizit
1960	811	1 991	109	3 406	- 715
1961	665	2 342	123	3 484	- 309
1962	1 083	2 561	142	4 184	- 459
1963	807	2 845	150	4 257	- 234
1964	1 309	3 147	177	5 294	- 606
1965	1 064	3 309	166	4 949	- 283
1966	1 583	3 491	155	5 719	- 371
1967	1 314	3 798	164	5 773	17
1968	1 744	4 123	176	6 690	- 225
1969	1 736	4 566	229	7 242	- 67
1970	2 223	4 964	218	8 166	- 210
1971	2 362	5 390	237	8 873	285
1972	2 882	6 331	210	10 352	226
1973	2 978	6 759	250	11 122	696
1974	3 897	6 935	266	12 345	972
1975	3 892	7 043	350	12 518	1 309
1976	5 469	7 301	434	14 584	1 573
1977	4 769	7 748	424	14 381	1 467
1978	5 106	8 242	370	15 463	719
1979	4 676	8 471	343	15 260	1 714
1980	5 365	9 151	405	16 745	1 071
1981	5 963	9 671	545	17 845	173
1982	7 059	10 215	438	19 397	424
1983	7 116	10 767	399	19 995	855
1984	8 313	11 257	388	21 814	448
1985	8 450	11 990	422	22 879	696
1986	10 351	12 959	474	25 988	- 1 968
1987	9 545	13 641	523	25 595	- 1 041
1988	11 417	14 414	546	28 744	- 1 248
1989	11 032	15 115	587	29 389	- 885
1990	12 846	15 970	689	32 673	- 1 058
1991	12 888	16 282	777	33 490	2 012
1992	14 269	16 138	943	34 953	2 863
1993	11 993	16 596	1 119	32 782	7 818
1994	14 492	16 936	1 331	36 239	5 102
1995	11 995	20 134	1 485	37 266	3 263
1996	14 267	19 892	1 379	39 477	4 363
1997	14 558	20 136	1 192	38 852	5 269
1998	18 331	21 522	1 116	47 074	- 484
1999	15 300	23 710	1 263	43 016	2 640
2000	21 033	25 460	1 502	51 683	- 4 552
2001	16 568	26 305	1 320	49 114	1 102
2002	16 765	26 078	1 005	51 108	- 386

**Tabelle A6: Öffentliche Schulden,
in Millionen Franken, 1960 – 2002**

Jahr	Bund	Kantone	Gemeinden	Gesamtschuld
1960	10 126	4 409	5 500	2 0035
1961	9 926	4 444	6 500	2 0871
1962	9 464	4 698	7 000	2 1162
1963	9 371	5 639	8 000	2 3010
1964	9 009	6 464	8 500	2 3972
1965	8 733	7 334	9 500	2 5568
1966	8 507	8 271	10 500	2 7278
1967	8 651	9 138	11 500	2 9288
1968	8 936	9 787	13 000	3 1722
1969	9 368	10 345	14 000	3 3712
1970	9 834	11 029	15 000	3 5863
1971	10 559	12 602	17 000	4 0161
1972	11 528	14 347	18 500	4 4375
1973	12 411	16 228	20 500	4 9139
1974	15 458	18 070	22 000	5 5528
1975	18 850	19 996	24 000	6 2846
1976	24 363	21 634	25 000	7 0997
1977	25 158	22 907	24 000	7 2065
1978	26 687	21 568	23 500	7 1755
1979	29 097	21 448	23 000	7 3545
1980	31 680	22 400	23 000	7 7080
1981	31 612	22 206	23 500	7 7318
1982	33 111	23 284	24 000	8 0395
1983	33 340	24 725	25 000	8 3065
1984	36 610	25 867	25 500	8 7977
1985	39 161	26 472	26 000	9 1633
1986	38 782	27 061	26 500	9 2343
1987	38 597	27 463	27 500	9 3560
1988	39 289	27 917	28 000	9 5206
1989	38 287	28 295	28 500	9 5082
1990	38 509	30 535	29 000	9 8044
1991	43 915	34 983	31 000	10 9898
1992	55 296	40 759	33 750	12 9805
1993	65 970	46 971	35 000	14 7941
1994	73 269	51 649	36 000	16 0918
1995	79 936	53 436	37 000	17 0372
1996	86 011	56 817	37 500	18 0328
1997	93 109	60 151	38 000	19 1260
1998	105 278	63 197	38 600	20 7075
1999	98 404	62 763	38 600	19 9767
2000	105 333	64 262	38 000	20 7594
2001	106 188	69 161	38 000	213 349
2002	122 923	73 408	38 500	234 831

**Tabelle A7: Ausgaben des Bundes nach Funktionen,
in Millionen Franken, 1960 – 2002**

Jahr	Allgemeine Verwaltung	Landes- verteidigung	Bildung	Gesundheit
1960	106	969	113	65
1961	128	1 136	131	95
1962	149	1 303	150	124
1963	171	1 362	188	154
1964	165	1 521	247	202
1965	171	1 586	258	237
1966	193	1 746	327	251
1967	203	1 770	406	277
1968	207	1 726	489	306
1969	308	1 889	563	339
1970	365	2 014	660	370
1971	404	2 232	758	427
1972	489	2 425	957	483
1973	514	2 556	1 195	541
1974	531	2 795	1 388	596
1975	484	2 813	1 408	652
1976	460	3 242	1 539	712
1977	451	3 110	1 504	762
1978	473	3 151	1 506	818
1979	480	3 414	1 519	864
1980	487	3 533	1 510	920
1981	531	3 756	1 531	933
1982	587	4 134	1 602	947
1983	579	4 313	1 707	962
1984	609	4 457	1 777	971
1985	645	5 043	1 863	985
1986	671	4 776	2 014	1 002
1987	710	4 716	2 166	1 015
1988	759	4 956	2 434	1 033
1989	806	5 225	2 499	1 051
1990	1 086	6 053	2 438	1 117
1991	1 219	6 202	2 655	1 463
1992	1 327	6 249	2 844	1 476
1993	1 349	5 753	2 971	1 587
1994	1 343	5 935	3 103	1 582
1995	1 403	5 856	3 179	2 002
1996	1 473	5 580	3 145	2 624
1997	1 429	5 395	3 075	1 729
1998	1 426	5 352	3 131	1 654
1999	1 744	4 988	3 267	1 842
2000	1 652	5 005	3 457	1 951
2001	1 913	4 957	3 657	2 146
2002	1 919	4 787	4 056	2 265

**Tabelle A7a: Ausgaben des Bundes nach Funktionen,
in Millionen Franken, 1960 – 2002 (Schluss)**

Jahr	Soziale Wohlfahrt	Verkehr	Landwirtschaft	Umwelt
1960	274	160	346	11
1961	252	383	369	13
1962	230	605	393	14
1963	207	857	478	19
1964	519	897	482	21
1965	458	957	556	28
1966	603	979	640	31
1967	646	990	715	40
1968	701	1 073	900	47
1969	882	1 129	840	50
1970	976	1 257	778	76
1971	1 197	1 557	921	109
1972	1 342	1 795	1 012	107
1973	1 950	1 742	1 105	200
1974	2 100	1 874	1 288	261
1975	1 939	2 232	1 333	341
1976	2 194	2 883	1 448	461
1977	2 289	2 626	1 441	412
1978	2 407	2 695	1 326	346
1979	2 425	2 693	1 495	377
1980	2 697	2 722	1 573	333
1981	2 703	2 801	1 555	282
1982	3 319	2 992	1 506	287
1983	3 397	3 167	1 654	284
1984	3 807	3 227	1 972	285
1985	3 944	3 474	2 007	276
1986	4 084	3 285	2 057	283
1987	4 353	3 391	2 182	326
1988	4 649	3 723	2 337	436
1989	4 780	4 519	2 564	404
1990	5 873	4 680	2 676	497
1991	6 774	5 437	3 078	735
1992	7 286	5 643	3 162	624
1993	9 875	6 779	3 416	561
1994	9 277	6 388	3 475	637
1995	8 494	6 430	3 525	590
1996	10 291	6 738	3 932	582
1997	11 306	7 002	3 922	689
1998	11 440	8 686	3 926	695
1999	11 606	6 915	4 187	765
2000	12 371	7 401	3 727	746
2001	12 471	8 680	3 962	813
2002	12 722	8 872	4 067	797

Tabelle A8: Ausgaben der Gebietskörperschaften nach Funktionen, in Millionen Franken, 1960 – 2002

Jahr	Allgemeine Verwaltung	Landesverteidigung	Bildung	Gesundheit
1960	505	1 002	1 159	597
1961	733	1 155	1 188	809
1962	843	1 352	1 363	935
1963	863	1 410	1 640	967
1964	958	1 573	1 920	1 106
1965	1 024	1 645	2 100	1 281
1966	1 020	1 845	2 388	1 449
1967	1 003	1 893	2 622	1 580
1968	1 087	1 879	2 912	1 768
1969	1 283	2 064	3 239	1 930
1970	1 483	2 220	3 756	2 086
1971	1 755	2 499	4 599	2 535
1972	2 021	2 675	5 450	2 950
1973	2 305	2 863	6 522	3 520
1974	2 490	3 121	7 421	4 115
1975	2 600	3 133	7 784	4 670
1976	2 642	3 566	8 192	4 910
1977	2 720	3 385	8 296	5 110
1978	2 737	3 439	8 398	5 399
1979	2 910	3 723	8 721	5 943
1980	3 042	3 827	9 300	6 446
1981	3 267	4 121	9 872	7 103
1982	3 436	4 557	10 657	7 680
1983	3 654	4 749	11 286	7 904
1984	3 802	4 908	11 707	8 200
1985	4 051	5 487	12 229	8 662
1986	4 327	5 250	12 997	9 158
1987	4 496	5 206	13 402	9 613
1988	4 771	5 469	14 489	10 300
1989	5 089	5 759	15 328	11 375
1990	6 031	6 663	16 658	12 259
1991	6 593	6 796	18 580	13 856
1992	6 969	6 827	19 920	14 840
1993	7 097	6 273	20 471	15 648
1994	7 174	6 446	20 813	15 877
1995	7 267	6 338	21 229	16 361
1996	7 331	6 046	21 367	17 709
1997	7 336	5 831	21 448	16 824
1998	7 577	5 771	21 675	17 061
1999	7 797	5 402	21 971	17 682
2000	7 886	5 408	22 803	18 385
2001	8 848	5 338	24 074	19 906
2002	8 818	5 162	25 786	21 515

Tabelle A8a: Ausgaben der Gebietskörperschaften nach Funktionen,
in Millionen Franken, 1960 – 2002 (Schluss)

Jahr	Soziale Wohlfahrt	Verkehr	Landwirtschaft	Umwelt
1960	706	745	416	79
1961	595	1 083	441	181
1962	610	1 397	480	245
1963	754	1 846	555	257
1964	1 143	2 036	593	289
1965	1 146	2 211	685	419
1966	1 379	2 290	775	582
1967	1 486	2 340	850	643
1968	1 602	2 519	1 036	606
1969	1 952	2 665	974	661
1970	2 097	3 019	954	863
1971	2 502	3 624	1 082	1 130
1972	2 872	4 082	1 192	1 310
1973	3 954	4 235	1 299	1 637
1974	4 357	4 460	1 510	1 917
1975	4 248	4 808	1 578	2 034
1976	4 798	5 682	1 745	2 165
1977	4 998	5 354	1 760	2 185
1978	5 097	5 416	1 653	2 165
1979	5 146	5 502	1 820	2 262
1980	5 524	5 801	1 926	2 278
1981	5 688	6 102	1 901	2 365
1982	6 563	6 452	1 933	2 650
1983	6 863	6 788	2 145	2 682
1984	7 517	6 857	2 499	2 722
1985	7 932	7 070	2 532	2 823
1986	8 477	7 076	2 607	3 011
1987	9 007	7 223	2 677	3 208
1988	9 708	7 810	2 875	3 625
1989	10 288	8 813	3 090	3 985
1990	11 884	9 171	3 194	3 699
1991	13 567	10 314	3 623	4 279
1992	14 887	10 548	3 711	4 411
1993	19 872	10 980	3 933	4 494
1994	19 175	11 275	3 972	4 543
1995	17 716	11 209	4 001	4 482
1996	20 365	11 788	4 390	4 492
1997	22 684	12 006	4 397	4 574
1998	22 510	13 586	4 368	4 725
1999	21 815	12 074	4 683	4 819
2000	22 630	13 009	4 206	4 824
2001	22 997	14 097	4 453	4 938
2002	23 776	14 671	4 541	4 909